

Vermintes Gelände

Drei Ausstellungen zu Flucht und Vertreibung in Berlin

Ute Schmidt

Eine umfassende Darstellung zum Thema Flucht, Vertreibung und Integration war in der deutschen Museumslandschaft längst überfällig. Die Zahl der Besucher der gleichnamigen Ausstellung, die Anfang Dezember 2005 im Bonner „Haus der Geschichte“ eröffnet wurde, brach denn auch schon bald sämtliche Besucherrekorde. Die Thematik dieser ersten offiziellen Ausstellung betrifft eine zentrale Frage der deutschen Geschichte nach 1945. Die quantitativ präzedenzlose Vertreibung von mindestens zwölf bis vierzehn Millionen Menschen aus den Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches sowie aus anderen deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa stellt zugleich die größte „ethnische Säuberung“ in der europäischen Geschichte der Neuzeit dar. Schätzungsweise zwei Millionen Deutsche – vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen – kamen dabei ums Leben.

Der Zwang zur Eingliederung von gut zwölf Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen ins kriegszerstörte Rumpfdeutschland bedeutete für die sich neu formierende nachkriegsdeutsche Gesellschaft eine wirtschaftliche, soziale und politisch-kulturelle Herausforderung ersten Ranges, die in den beiden deutschen Teilstaaten auf unterschiedliche Weise angegangen und verarbeitet wurde. In der (alten) Bundesrepublik – hier zählte die gelungene Integration von über acht Millionen Menschen zu den „Nachkriegswundern“ – war das katastrophale Geschehen von Flucht und Vertreibung seit den späten sechziger Jahren zwar nicht verdrängt, aber doch in den Hintergrund gerückt: zum einen, weil dieses Thema im Zuge der Entspannungspolitik zunehmend als Hindernis im Versöhnungsprozeß mit den osteuropäischen Nachbarn galt; zum anderen wurde befürchtet, das millionenfache Leid deutscher Flüchtlinge und Vertriebenen könne benutzt werden, um das nationalsozialistische Unrecht und die deutschen Verbrechen während des rassistischen Vernichtungskriegs im Osten zu relativieren. Das öffentliche Erinnern blieb weitgehend den Vertriebenenorganisationen überlassen, die sich jedoch seit den politischen Auseinandersetzungen um die Ostverträge zunehmend von Teilen ihrer Klientel wie auch von der Mehrheitsgesellschaft isoliert hatten.

In der SBZ/DDR, die mit der Aufnahme von über vier Millionen Menschen ein Drittel des Zustroms an Flüchtlingen und Vertriebenen verkraften mußte, sah die SED die Flüchtlingsfrage schon 1948 als erledigt an. Wirtschaftliche und kulturelle Interessenvertretungen der sogenannten Umsiedler waren hier strikt verboten. Aus Rücksicht auf die sowjetische Besatzungsmacht und die sozialistischen „Bruderstaaten“ blieb die gesamte Thematik von Flucht und Vertreibung in der staatlich verordneten Öffentlichkeit des SED-Staates weitgehend ausgeklammert. Erst seit der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 kann in der ehemaligen DDR über die vielfältigen Erfahrungen der Betroffenen gesprochen werden. Flucht, Vertreibung und Integration sind heute ein gesamtdeutsches Thema geworden, in das die gemeinsamen und unterschiedlichen Wahrnehmungen von Ost- und Westdeutschen einfließen. Dadurch gewinnt es neue Aktualität und Relevanz.

Es ist wohl kein Zufall, daß die konkreten Planungen für eine offizielle Ausstellung im Bonner „Haus der Geschichte“ erst in Gang kamen, als die 1999/2000 gegründete Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZgV) ihre Pläne für ein Dokumentationszent-

rum in Berlin publik machte. Das Stiftungsprojekt war in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit von Anfang an umstritten, verstärkte aber gerade deshalb im rot-grünen Regierungslager den Druck, das Vertreibungsthema aufzugreifen, in repräsentativer, wissenschaftlich abgesicherter und politisch korrekter Weise aufzubereiten und die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Initiatoren der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ und deren Vorsitzende Erika Steinbach, die zugleich Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) ist, hielten währenddessen an ihrem Vorhaben fest und planten ebenfalls eine eigene Ausstellung, die sechzig Jahre nach Kriegsende in Berlin gezeigt werden sollte. Es gelang ihnen jedoch erst nach dem Regierungswechsel im Jahr 2005, einen passenden Ort für die erste öffentliche Präsentation dieser Ausstellung zu finden.

In der zweiten Jahreshälfte 2006 waren in Berlin also zwei konkurrierende Ausstellungen zum Thema „Flucht und Vertreibung“ zu besichtigen, die sich zeitlich überschneiden: die offizielle Bonner Ausstellung, die von Mai bis August 2006 im Pei-Bau des Deutschen Historischen Museums (DHM) gezeigt wurde und anschließend (bis April 2007) im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig zu sehen sein wird, sowie die von der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ initiierte Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ im Kronprinzenpalais (August bis Oktober 2006). Außerdem läuft seit September 2006 im Jüdischen Museum Berlin eine weitere, ebenfalls vom Bonner „Haus der Geschichte“ zusammen mit dem Jüdischen Museum konzipierte Ausstellung zum Thema „Heimat und Exil. Emigration der deutschen Juden nach 1933“, die von Mai bis Oktober 2007 in Bonn und ab Dezember 2007 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig zu sehen sein wird.

In welcher unterschiedlicher Weise befassen sich nun diese Ausstellungen mit der hochsensiblen Thematik? Wie gehen sie mit den Tabus und Hypothesen, die auf der deutschen Geschichte lasten, um, wie stellen sie sich den Fragen zu Tätern und Opfern, und welche Reaktionen lösten sie aus?

Reaktionen

Daß der öffentliche Diskurs zum Thema Flucht und Vertreibung derzeit höchst brisant ist, machten vor allem die Attacken katholisch-konservativer und nationalistischer Regierungskreise in Polen gegen die Ausstellung „Erzwungene Wege“ deutlich. Dem zahlreichen Publikum, das am 10. August zur Eröffnung ins Kronprinzenpalais strömte, um die Reden der BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach, des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, des ungarischen Schriftstellers György Konrad und des früheren Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Joachim Gauck zu hören, bot sich zunächst ein eher pittoreskes Bild: Auf der gegenüberliegenden Straßenseite, vor der Fassade von DHM und „Neuer Wache“, wurden polnische Fahnen und ein Transparent mit der Aufschrift „Zeigt die Wahrheit“ hochgehalten. Ein paar Schritte weiter, vor dem Eingang zum DHM, dem Schauplatz der offiziellen Ausstellung, hatte sich ein Häuflein Demonstranten mit handgemalten Schildern postiert, das Frau Steinbach des Verrats an den Interessen der Vertriebenen ziele und ihren Rücktritt als BdV-Vorsitzende forderte. Neben dem Ausgang zum Kronprinzenpalais sammelte eine dritte Gruppe im Namen der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ Unterschriften gegen die „ethnischen Säuberungen“ im sudanesischen Darfur.

Die Proteste aus Polen eskalierten zusehends und führten zu einer weiteren massiven Eintrübung des polnisch-deutschen Verhältnisses. Bereits im Vorfeld der Ausstel-

lungseröffnung hatte Staatspräsident Lech Kaczynski deshalb seine Teilnahme an einer Dreierkonferenz mit Angela Merkel und Jacques Chirac in Weimar abgesagt. In einer emotionalen Rede im ehemaligen Konzentrationslager Stutthof bei Danzig warf Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski den Organisatoren der Ausstellung im Kronprinzenpalais vor, sie wollten die Grenze zwischen (polnischen) „Opfern“ und (deutschen) „Henkern“ im Zweiten Weltkrieg verwischen. Der kommissarische Bürgermeister von Warschau, Kasimierz Marcinkiewicz, nahm die Ausstellungseröffnung zum Anlaß, seinen angekündigten Besuch in Berlin abzusagen. Als Grund für die gegenwärtige Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen führte der derzeitige Parlamentspräsident Marek Jurek (ebenfalls Partei „Recht und Gerechtigkeit“), die deutsche „Doktrin der Vertreibung“ ins Feld. Dieser Begriff sei nicht zutreffend; es habe sich nach 1945 vielmehr um eine vertragsgemäße „Umsiedlung“ gehandelt, die nicht von Polen, sondern von den Alliierten auf der Potsdamer Konferenz beschlossen und unter alliierter Kontrolle durchgeführt worden sei. Der Begriff der „Vertreibung“ suggeriere, das Opfer des Krieges (Polen) sei auch Täter gewesen. Jurek wich der Frage aus, ob Opfer in anderen Konstellationen nicht auch selbst zu Tätern werden könnten, und zog sich auf die bis 1989 in Polen geltende offizielle Sprachregelung zurück. Faktisch wird damit jede Verantwortung für die aktive Beteiligung polnischer Behörden, Militärs, Milizen und Privatpersonen an den vor August 1945 praktizierten „wildem“ Vertreibungen sowie an der brutalen Art und Weise des „Transfers“ von Millionen Menschen aus den unter polnische Verwaltung gestellten ehemaligen deutschen Ostprovinzen bestritten. In der polnischen wie auch in der tschechischen Gesellschaft ist die Massenvertreibung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg offensichtlich noch immer ein Tabuthema. Immerhin hat man sich in Tschechien im August 2005 dazu durchgerungen, die Gruppe der vertriebenen sudetendeutschen Antifaschisten offiziell um Entschuldigung zu bitten. Ob diese vorsichtige Korrektur die jahrzehntelang eingeübte Denkweise in Tschechien verändern wird, bleibt abzuwarten.

Wenige Tage nach der Eröffnung der Ausstellung im Kronprinzenpalais wurden polnische Institutionen und Personen politisch unter Druck gesetzt und genötigt, ihre Leihgaben zurückzuziehen, zum Beispiel die Schiffsglocke des versenkten Flüchtlingschiffes „Wilhelm Gustloff“ aus dem Bestand der polnischen Küstenwacht oder das Banner eines Ortsvereins der polnischen „Sibirier“, die nach der sowjetischen Inbesitznahme Ostpolens 1939 bis 1941 in die Sowjetunion deportiert worden waren.¹

Anfang September kamen noch schrillere Töne aus Warschau. So wurde Bundespräsident Horst Köhler, der in seiner Ansprache auf der Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen zum „Tag der Heimat“ ausdrücklich für ein verständnisvolles und freundschaftliches Verhältnis mit Polen geworben hatte, umgehend vom polnischen Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski dafür abgestraft, daß er überhaupt auf dieser Veranstaltung aufgetreten war. Inhalt und Tonlage der Rede Köhlers nahm man gar nicht erst zur Kenntnis. Die als Haßfigur aufgebaute BdV-Vorsitzende Steinbach liefert rechtsnationalistischen Kreisen in Polen offenbar immer wieder einen willkommenen Anlaß, um an frühere Feindbilder und Propagandakampagnen anzuknüpfen.

Während die fragwürdige Außendarstellung der polnischen Regierung von der liberalen und linken Opposition in Polen zunehmend kritisch beurteilt wird, goß die Polenbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Gesine Schwan, Öl ins Feuer, indem sie –

¹ Die Glocke ist nach Informationen der Deutschen Presseagentur am 12. Oktober aus der Ausstellung entfernt und anschließend nach Polen zurückgebracht worden. Auch das Banner der „Sibirier“ aus Trzebiatów (ehemals Treptow an der Rega) wurde nolens volens von den Leihgebern abgeholt.

die Medienschelte und den Konfrontationskurs der polnischen Regierung übernehmend – deutschen Journalisten eine Mitschuld an den deutsch-polnischen Verstimmungen gab. Obwohl die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder kürzlich noch selbst vor bedenklichen Entwicklungen in Polen gewarnt hatte, griff sie jetzt in der polnischen Tageszeitung *Rzeczpospolita* ausgerechnet den durch seine betont abgewogenen Artikel und Bücher über Polen bekannten Korrespondenten der *Süddeutschen Zeitung* in Warschau, Thomas Urban, an, der in sachlicher Form über die polnischen Reaktionen auf die Ausstellungseröffnung berichtet hatte. Schwan warf Urban vor, er habe – als aktiver Befürworter des „Zentrums gegen Vertreibungen“ – nach der Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege“ das negative Bild Polens bestätigt, indem er Polen mit polnischen Nationalisten und die polnische Kirche mit polnischen Rechten vermengt habe: „Die Logik ist folgende: Je schlechter die Polen dabei wegkommen, desto besser ist es für die Ausstellung.“²

Der Komplex der Vertreibung der Deutschen nach 1945 ist also, was polnische und tschechische Befindlichkeiten betrifft, noch immer vermintes Gelände. Die Ausstellungsmacher hatten schon im Vorfeld mit der Sprengkraft des Themas gerechnet und sich – entlang der offiziellen Sprachregelungen – bemüht, konfliktrträgliche Aussagen zu vermeiden. Das „Haus der Geschichte“ hatte im Zuge der Vorbereitung der Ausstellung sogar eigens eine Allensbach-Studie mit dem Titel „Flucht und Vertreibung aus Sicht der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung“ in Auftrag gegeben, um „gesicherte Daten“ über mögliche Reaktionen der östlichen Nachbarn zu bekommen. Außerdem wollte man – so der Präsident der Stiftung „Haus der Geschichte“, Prof. Hermann Schäfer – auch sichergehen, daß mit einer Ausstellung zu dieser Thematik die Bevölkerungsmehrheit in Deutschland angesprochen werde.³

Sowohl der Ausstellung im DHM als auch der Schau im Kronprinzenpalais ist die selbst auferlegte Zurückhaltung anzumerken. Das Bemühen um „politische Korrektheit“ schlägt sich in vielen Details – sowohl inhaltlich als auch in der Ausstellungsästhetik – nieder. Die Ausstellung „Heimat und Exil“, in der die Vertreibung der deutschen und österreichischen Juden durch die Nazis und das Überleben im Exil dargestellt wird, ist mit diesem Problem nicht behaftet.

„Flucht, Vertreibung, Integration“

Die offizielle Ausstellung des „Hauses der Geschichte“ hat zwei große Schwerpunkte: Flucht und Vertreibung sowie Integration. Der größere Teil der Ausstellung widmet sich dem Prozeß der Eingliederung im Nachkriegsdeutschland, die als heute abgeschlossene und geglückte Erfolgsgeschichte interpretiert wird. Unterschiede und Gemeinsamkeiten des Integrationsprozesses in den beiden deutschen Teilstaaten werden dargestellt. Charakteristisch für die Integrationspolitik in der SBZ/DDR waren – nach einer ersten Phase des Werbens der SED um die sogenannten Umsiedler – die amtliche De-Thematisierung, Beschönigung und Verdrängung des Problems einerseits sowie die massive Repression, Bespitzelung und Kriminalisierung von Vertriebenen und Flüchtlingen, die sich nicht an das offizielle Sprachverbot hielten oder die frühzeitige Festlegung der östlichen Nachkriegsgrenzen kritisierten, durch Polizei, Stasi und politische

2 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 21.9.2006, S. 40.

3 Petersen, Thomas: Flucht und Vertreibung aus Sicht der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung. Hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2005, S. 8.

Justiz andererseits. Entgegen manchen Legenden bildete die Bodenreform nicht das Kernstück der sozialistischen Integrationspolitik. Tatsächlich erhielten nur zwei Prozent aller Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ (ca. 91 000 Personen, Angehörige mit eingerechnet ca. acht Prozent) die Möglichkeit, als „Neubauern“ auf einem sechs bis zehn Hektar großen Stück Land zu siedeln. Auch die begleitenden staatlichen Fördermaßnahmen (Kredite, Bauprogramm u.a.), die die besondere Notlage der Vertriebenen (schlechtere Böden und Ausstattung, fehlende Wohn- und Wirtschaftsgebäude, mangelndes Eigenkapital usw.) zu wenig berücksichtigten, konnten das soziale Gefälle zwischen alteingesessenen und vertriebenen Landwirten nicht ebnen. Schließlich setzte die Kollektivierung der Landwirtschaft der schwer erarbeiteten Aufbauleistung der „Neubauern“ ein Ende. Längerfristig erfolgte die soziale Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der DDR weniger durch die Bodenreform oder staatliche Fürsorgemaßnahmen als durch die berufliche Eingliederung der jüngeren und arbeitsfähigen Vertriebenen in die Arbeiter- und Angestelltenschaft des industriellen Sektors und in die Verwaltung.⁴



Ausstellungsflyer

„Völkermord“ wird hier nicht verwendet.) Mit diesem übernationalen Ansatz hätte es eigentlich nahegelegen, den Bogen bis ans Ende des Jahrhunderts zu spannen, zumal die Bilder von den „ethnischen Säuberungen“ auf dem Balkan viel dazu beigetragen haben, daß Flucht und Vertreibung der Deutschen nach 1945 in den neunziger Jahren wieder ins Blickfeld gerieten. So erscheint die Beschränkung auf das Schicksal von

Zum Thema „Flucht und Vertreibung“ wird der Besucher dieser Ausstellung eingangs darauf eingestimmt, die Ereignisse nicht isoliert, sondern im historischen Kontext zu betrachten. Neben einem Prätext, der die Vertreibung als universelles Menschheitsdrama darstellt, werden primär zwei Erklärungsmuster für das Phänomen der Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts angeführt: erstens die Zwangsumsiedlung und Vertreibung unbequemer Minderheiten als Folge der Formierung neuer Nationalstaaten auf dem Boden einstiger Vielvölkerreiche und ihres Strebens nach ethnischer Homogenität sowie zweitens die Vertreibung der Deutschen nach 1945 als schreckliche, aber letztlich unvermeidbare Folge der nationalsozialistischen Umsiedlungs-, Eroberungs- und Vernichtungspolitik in Osteuropa.

Im Eingangsbereich der Ausstellung stößt man zunächst auf einen Vorspann, in dem die Vertreibung der Armenier (1915) sowie der griechisch-türkische „Bevölkerungsaustausch“ (1922/23) als Modell für spätere massenhafte Bevölkerungsverschiebungen dargestellt werden, um den Kontext zum 20. Jahrhundert als dem „Jahrhundert der Vertreibungen“ herzustellen. (Der von offiziell-türkischer Seite angefochtene Begriff

⁴ Vgl. Schwartz, Michael: „Umsiedler“ – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR. in: Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung. Hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2005, S. 94 f.

Armeniern und Griechen eher als ein Alibi, um dem Einwand zuvorzukommen, die Vertreibung der Deutschen werde isoliert betrachtet.

Nach einem Seitenblick auf die Zwangsumsiedlungen nach dem Hitler-Stalin-Pakt (1939) – ein Hinweis auf die Deportation von rund 300 000 Menschen aus dem der Sowjetunion einverleibten Ostteil Polens nach Sibirien, Kasachstan und an den Polarkreis ist hier nicht zu finden – passiert man einen „Tunnel“, der Großfotos von den Greueln des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges und des deutschen Besatzungsterrors in Osteuropa zeigt. Vor dem Eintritt in die Räume mit den Objekten und Dokumenten zum Thema Flucht und Vertreibung wird man so gewissermaßen durch eine Art Fegefeuer geschleust und unmißverständlich auf die Vorgeschichte und „Prima causa“ von Flucht und Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung hingewiesen.

Die Darstellung von Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges wirkt insgesamt wenig strukturiert. Leitthesen und Kategorisierungen, an denen sich der Besucher orientieren könnte, fehlen. Ströme von Flüchtlingen und Vertriebenen ziehen in Bildmontagen, von Geräuschkulissen unterlegt, am Betrachter vorbei. In diesen „Medienschleusen“ schwimmen die Szenarien von Flucht und Vertreibung zu einem Panorama, in dem der jeweilige Kontext (Phasen, Zeiträume, Schauplätze, Herkunftsländer, Fluchtwege und dergleichen) untergeht. Es sind bewegte Bilder, die durchaus bewegen und auch haften bleiben: eine gebeugte Greisin, die vor rasselnden Panzern noch schnell über die Straße eilt, verstörte Gesichter von Frauen und Kindern, schlitternde Treckwagen auf vereisten Straßen, verzweifelte Flüchtlinge auf dem gefrorenen Haff. Doch überwiegt der Eindruck anonymer Massenprozesse, hinter denen die Darstellung individueller Schicksale und Odysseen verschwindet. Einzelne Lebenswege und deren Stationen bis in die Gegenwart können in portionierter Form – aus einigen, nach soziologischen Kriterien ausgewählten, biographischen Beispielen – an separaten Informationsstelen abgerufen werden.

Im Unterschied dazu setzt die Ausstellung „Heimat und Exil“ ganz auf Individualisierung. Sie erzählt die Geschichte der zunehmenden Ausgrenzung, von Entrechtung und Vertreibung, der Zerstreuung in die entlegensten Weltgegenden und des Überlebens im Exil anhand von zahlreichen Biographien deutscher und österreichischer Juden. Viele von ihnen waren bürgerlicher Herkunft, das heißt, sie waren nicht völlig mittel- und beziehungslos, so daß sie die Ausreise irgendwie bewerkstelligen konnten. Andere, die das nicht schafften, wurden im Holocaust ermordet. Man trifft in dieser Ausstellung auf bekannte Gesichter – Wissenschaftler, Unternehmer, Künstler, Intellektuelle wie zum Beispiel Sigmund Freud, Lion Feuchtwanger oder Walter Benjamin –, erhält aber auch Einblicke in kaum oder nicht bekannte Schicksale: gewundene Überlebensgeschichten, Odysseen, Abbrüche.

Opfer und Täter

Auf das Problem, daß in manchen Situationen auch Opfer zu Tätern werden können, geht die Ausstellung im DHM kaum ein. So wurde die Chance nicht genutzt, im Zusammenhang des Themas Flucht und Vertreibung auch wichtige Aspekte aufzugreifen, die lange Zeit beschwiegen wurden und erst seit wenigen Jahren öffentlich thematisiert und erforscht werden: zum Beispiel die Massenvergewaltigungen von Frauen im Zuge des Vormarschs der Roten Armee in Ostdeutschland oder die Deportation von Hunderttausenden deutscher Zivilisten in sowjetische Arbeitslager – unter ihnen viele Frauen, Jugendliche und Kinder.

An das heikle Thema der Vergewaltigungen haben sich die Ausstellungsmacher in der ersten Fassung der Ausstellung im Bonner „Haus der Geschichte“ nicht herangewagt. Auch im Begleitbuch, das kein Ausstellungskatalog, sondern ein populärwissenschaftlicher Sammelband ist, taucht diese schwierige, komplexe und traumatische Geschichte nicht auf. Einzelne Dokumente dazu wurden erst auf Druck von „Medica mondiale“ (einer Organisation, die sich mit dem Schicksal von Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten beschäftigt) und nach öffentlichkeitswirksamen Protesten in die Berliner Präsentation aufgenommen, und zwar in Form einer zusätzlich aufgestellten kleinen Vitrine, in der zwei aufgeklappte Schriftstücke ausgelegt waren. Statistischen Berechnungen zufolge wurden in der Phase von Dezember 1944 bis zum Winter 1945 etwa zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer von Vergewaltigungen, fast drei Viertel von ihnen in den Vertreibungsgebieten Ostpreußen, Ostbrandenburg, Pommern und Schlesien, davon dreizehn Prozent mit Todesfolge.⁵ Anstatt diese Vorgänge in ihrer wirklichen Dimension darzustellen – nicht um anzuklagen oder aufzurechnen, sondern um aufzuklären und aufzuarbeiten –, waren die spärlichen Exponate mit ausweichenden Kommentaren versehen. So wird die Ausübung exzessiver Gewalt gegen wehrlose Frauen mit dem verklärenden Begriff des „Martyriums“ umschrieben oder die durchaus reale Angst vieler Frauen vor Vergewaltigung als panikverstärkendes Moment im Fluchtchaos qualifiziert. Eben weil Formen sexualisierter Kriegsgewalt bei „ethnischen Säuberungen“ immer wieder zur Normalität gehören, wäre es richtig gewesen, das Thema der Vergewaltigungen nicht auszusparen, sondern im Licht neuerer Erfahrungen, Forschungen und Sichtweisen zu behandeln.

Auch das Ausmaß von Deportation und Zwangsarbeit wird in dieser Ausstellung nicht hinreichend deutlich. Nicht nur in der UdSSR, auch in anderen Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei oder Jugoslawien gab es Lager für deutsche Zivilisten und verschiedene Formen von Zwangsarbeit. Zu den Zuständen, die hier herrschten, finden sich zwar verstreute Hinweise, die jedoch nicht systematisch zusammengeführt werden. Die hohe Todesrate bei den Verschleppten und „Internierten“ wird mit unpräzisen Angaben (zum Beispiel „viele starben“) nur angedeutet.

„Erzwungene Wege“

Die Ausstellung der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ hat eine durchgängig stringente Struktur. Flucht und Vertreibung der Deutschen nach 1945 werden hier als Teil einer Kette von Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts abgehandelt. Diese Kette, die an ausgewählten Fällen exemplarisch dargestellt wird, beginnt ebenfalls mit dem Genozid an den Armeniern (1915) und dem griechisch-türkischen „Bevölkerungsaustausch“ 1922/23. Der nächste Abschnitt zeigt die Vertreibung der Juden ab 1933 aus Deutschland und den beginnenden Holocaust. Es folgen die Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen und Deportationen im Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt und der Zerschlagung Polens (1939–1941), die stalinistischen Deportationen im Baltikum wie im Innern der UdSSR, die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches wie auch die als „Repatriierung“ verbräunte Zwangsumsiedlung von über einer Million Polen aus Ostpolen als Folge der Westverschiebung Polens am Ende des Zweiten Weltkrieges, die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei sowie die 1944/45 durchgeführten Deportationen

⁵ Sander, Helke/Johr, Barbara (Hrsg.): *BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigung, Kinder*. Frankfurt a. M. 2005, S. 5, 59.

aus den deutschen Siedlungsgebieten in Südosteuropa. Weniger bekannte Fallbeispiele sind die Zwangsumsiedlung der finnischen Karelrier (1939/40–1952) oder der Exodus von Italienern aus Istrien und Dalmatien am Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Reihe schließt mit dem Zypern-Konflikt in den sechziger und siebziger Jahren sowie mit Krieg und Vertreibung im ehemaligen Jugoslawien.

Diese Stationen sind in einem Leseband aneinandergereiht – gleichberechtigt, aber nicht gleichgewichtig und teilweise auch miteinander verschränkt. Das Verdienst dieser Ausstellung liegt darin, daß die historisch-politischen Konstellationen und Entwicklungen für die jeweiligen Vertreibungsfälle konkretisiert werden. Die europäische Dimension und der zeitliche Rahmen, der sich über das gesamte 20. Jahrhundert erstreckt, schärfen den Blick für komplizierte Gemengelagen und Frontwechsel, in denen – zeitlich versetzt oder sogar gleichzeitig – Opfer auch Täter werden können. Dieses historisierende und vergleichende, aber nicht relativierende Vorgehen lehnt sich an das schon klassische Buch *Flammender Haß* des amerikanischen Historikers Norman Naimark an. Auch der Einfluß des 2005 verstorbenen SPD-Intellektuellen Peter Glotz als Vorstandsmitglied der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist unübersehbar.

Kritisch wird zur Ausstellung im Kronprinzenpalais oft eingewandt, daß sie als reine Leseausstellung – als an die Wand gehängtes, aufgeblättertes Buch – konzipiert sei und emotional unterkühlt wirke. Diese strenge Ausstellungsästhetik dürfte zum einen den vergleichsweise kargen Mitteln geschuldet sein, denn die Ausstellung wurde aus Stiftungsmitteln und Spendengeldern finanziert und mußte mit einer deutlich kleineren Fläche auskommen. Zum andern war die Kühle auch ein kalkuliertes Signal, um den Vorwurf, das Schicksal der deutschen Vertriebenen werde hier über Gebühr emotionalisiert, zu konterkarieren.



Ausstellungsflyer

Daß sich das Pilotprojekt der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ nicht als reaktionäres Machwerk, sondern als differenzierte Darstellung von Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts entpuppte, hat manchen Gegnern des geplanten Dokumentationszentrums erst einmal den Wind aus den Segeln genommen. Indem die „Erzwungenen Wege“ Flucht und Vertreibung der Deutschen bewußt in den europäischen Kontext stellten, entkräfteten sie die vor allem von polnischer und tschechischer Seite stereotyp wiederholte Behauptung, das von Deutschen erfahrene Leid werde hier verabsolutiert und die deutschen Vertriebenen

würden von „Tätern“ zu „Opfern“ umstilisiert. Auch bundesdeutsche Politiker wie die Polenbeauftragte Gesine Schwan oder der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel, denen die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen ein besonderes Anliegen ist, hatten immer wieder solche Befürchtungen geäußert. Es ist eine ironische Pointe, daß gerade diese Ausstellung in Polen derart hysterische Reaktionen hervorrief. Denn hier wird explizit auf die Deportation von Hunderttausenden gebürtiger Polen aus dem östlichen Teil Polens, der infolge des Hitler-Stalin-Paktes von der Roten Armee besetzt worden war, hingewiesen und auch die Zwangsaussiedlung von etwa 1,2 Millionen Polen aus den 1945 endgültig verlorenen ostpolnischen Gebieten dargestellt. Hingegen blieb die Ausstellung des „Hauses der Geschichte“ von polnischen Protesten

unbehelligt, obwohl die stalinistischen Deportationen in den Jahren 1939 bis 1941 dort nicht erwähnt sind. Nur en passant stößt man, in anderem Zusammenhang, auf ein Foto, das die Rückkehr polnischer Verschleppter aus Sibirien in vereisten Güterwaggons zeigt. Die Ausstellungsmacher planen sogar, ihre Ausstellung nach Breslau und Prag zu exportieren.

Ausstellungsästhetik – Gestaltung

Nicht nur im inhaltlichen Konzept, sondern auch in der Gestaltung unterscheiden sich die drei Ausstellungen fundamental. Die Ausstellung im DHM folgt einer eher konservativen Ausstellungsästhetik und will offenbar demonstrieren, daß sie für ihr Thema eine Fülle von Exponaten aufzuweisen hat. Der dominierende Eindruck in den Räumen zu Flucht und Vertreibung ist denn auch eine Anhäufung von Objekten, Dokumenten, Großfotos, Filmverschnitten, Vitrinen usw. – der unvermeidliche Rungenwagen und das Klischee des Flüchtlingsgepäcks fehlen nicht. Eine klare gestalterische Struktur ist kaum erkennbar, gelegentlich stellt sich die Assoziation „Rumpelkammer“ ein. Wichtiges ist von Untergeordnetem oft nicht zu unterscheiden, weder durch die Anordnung noch durch die Größe der Exponate. Die Ausstellung ist wenig lesefreundlich. Übersichtliche Leittexte fehlen, wichtige Informationen sind auf kleine Beschriftungstäfelchen verstreut. Manche Textdokumente sind so angebracht, daß sie nur schwer lesbar sind oder ihr Zusammenhang sich dem Betrachter nicht erschließt. Um zum Beispiel eine Karte mit den Siedlungsgebieten deutscher Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit betrachten zu können, muß man sich vor einer Vitrine auf den Boden kauern. Wer in den ausgestellten Objekten Spuren und Details aus eigener Erinnerung wiedererkennen und auffrischen will, kann in dieser Ausstellung fündig werden. Interessierte Besucher, die ihr Wissen ergänzen und vertiefen wollen, fühlen sich eher mit Material überfrachtet und desorientiert.

Die Ausstellung im Kronprinzenpalais wirkt dagegen sachlich-kühl. Text und Bilddokumente sind von der Inszenierung von Objekten getrennt. Im Hauptraum ist eine helle Glasschiene in die Wände eingelassen. Die Texte zu den einzelnen Stationen sind knapp formuliert und gut lesbar. Ihnen zugeordnete Dokumente bzw. Fotografien sowie wenige Objekte, die wie Inkunabeln ausgestellt sind, ergänzen und pointieren die Informationen auf ökonomische Weise. Videos mit Zeitzeugenberichten finden sich auf gläsernen Würfeln, die in der Mitte des Saales plaziert sind. Im zweiten Raum wird eine Metaebene eingeführt: Kuben stapeln sich zu altarähnlichen Türmen, in denen zu übergeordneten Kategorien (Heimat/Erinnerungskultur, Flucht/Treck/Gepäck, Lager, Frauen und Kinder usw.) ausgewählte Objekte assoziiert und sparsam inszeniert werden. Hier findet man beispielsweise ein traditionelles Hochzeitskleid aus dem Besitz einer 1915 in der Südosttürkei verfolgten assyrisch-christlichen Familie, die das Gewand bis in die Bundesrepublik retten konnte, oder den wattierten Arbeitsanzug eines deutschen Deportierten in einem sowjetischen Arbeitslager.

Die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ im DHM versucht ebenfalls, eine Metastruktur herzustellen, und zwar anhand der Rezeption und Spiegelung der Realgeschichte in Belletristik, Kunst oder im Nachkriegsfilm. So wurden – neben der Ereignisgeschichte sowie der „roten Linie“ der „Zeitzeugenstationen“ – entlang einer weiteren „blauen Linie“ Vitrinen aufgebaut, in denen diverse Bücher zu bestimmten Zeitabschnitten ausgelegt sind. (Der Stellenwert, den die Ausstellungsmacher dieser Metaebene beimessen, kommt auch im Begleitbuch zum Ausdruck, in dem zahlreiche Buchtitel, Filmplakate usw. in Farbe und Großformat abgebildet sind.) Inhalt und Dik-

tion der ausgestellten Bücher erschließen sich freilich nicht durch die geschlossenen Buchdeckel, so daß der Betrachter auf die Kommentare angewiesen ist, die manchmal irritieren. So taucht zum Beispiel Edwin Erich Dwingers 1950 erschienenes Buch über den Untergang Ostpreußens in einer Reihe mit Titeln der frühen Nachkriegsliteratur zu Flucht und Vertreibung auf (Siegfried Lenz, Leonie Ossowski u.a.), wobei die Information fehlt, daß Dwinger ein prominenter völkischer Schriftsteller war. Eine kommentierte Bibliographie und eine Lesecke wären für manche Besucher vermutlich hilfreicher gewesen.



Ausstellungsflyer

Die Ausstellung „Heimat und Exil“ im Jüdischen Museum wurde von dem renommierten Ausstellungsarchitekten Hans Dieter Schaal gestaltet, und das sieht man ihr an. Schaal versteht es, eine konzentriert, aber variantenreich und opulent wirkende Abfolge von Passagen und Räumen zu inszenieren, die ganz unterschiedlich bestückt sind. Jeder Raum hat eine auf den inhaltlichen Kontext abgestimmte Architektur. (So ähneln zum Beispiel beim Thema „Schiffs-Passage“ die Vitrinen Bullaugen. Reproduzierte Aktenordner beleuchten die Arisierung bzw. die Enteignung der Juden.) In den Durchgangsräumen arbeitet der Ausstellungsarchitekt im wesentlichen mit eindrucksvollen Lichtinszenierungen.

Ein „sichtbares Zeichen“?

In seiner Rede anlässlich der Eröffnung der vom „Haus der Geschichte“ konzipierten Ausstellung in Berlin ließ Kulturstaatssekretär Bernd Neumann erkennen, daß diese im staatlichen Auftrag konzipierte Ausstellung Kernstück einer künftigen Dauerausstellung werden könnte. Damit würde dem im Koalitionsvertrag beider Volksparteien 2005 festgeschriebenen Vorhaben Rechnung getragen, in Berlin ein „sichtbares Zeichen“ setzen zu wollen, um „im Geiste der Versöhnung [...] an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten“. Wenige Wochen später brachte Bundestagspräsident Norbert Lammert bei der Eröffnung der „Erzwungenen Wege“ auch diese Ausstellung auf salomonische Weise in Zusammenhang mit dem besagten „sichtbaren Zeichen“. Erinnerungskultur sei – so Lammert – eine ebenso wichtige wie schwierige staatliche Aufgabe. Er halte es für „unsinnig, eine solche Kultur ohne die Betroffenen entwickeln und pflegen zu wollen“, es sei aber auch „unklug, sie allein den Vertriebenen als besonders Betroffenen zu überlassen“. Daß beide Ausstellungen in zeitlicher Nähe stattgefunden hätten, bezeichnete Lammert als Vorteil, denn neben vielen Übereinstimmungen seien auch Unterschiede deutlich geworden, die in den öffentlichen Diskurs eingehen könnten. Die staatliche Aufgabe sei durch gesellschaftliche Initiativen zu ergänzen, aber nicht zu ersetzen. Ähnlich diplomatisch äußerte sich Bundespräsident Horst Köhler in seiner schon erwähnten Ansprache auf der BdV-Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ in Berlin: Die Bundesregierung wolle das beabsichtigte „sichtbare Zeichen“ in Verbindung mit dem „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“, das von der rot-grünen Vorgängerregierung gegründet worden war, ins Werk setzen. Zu diesem Projekt könnten und sollten auch die Vertriebenen beitragen. Diese distanzierte Formulierung klang freilich nicht nach einer direkten Einladung. Auch die Ausstellung „Erzwungene Wege“ erwähnte Köhler nicht.

Sollte es dazu kommen, daß beide Ausstellungen den Grundstock des anvisierten „sichtbaren Zeichens“ bilden würden,⁶ so müßten zunächst die jeweiligen Mängel und Lücken bedacht und diskutiert werden. Wie immer die konkreten Entscheidungen zur künftigen Gestalt dieses Projekts ausfallen, so ist zu hoffen, daß der volkspädagogische Impetus Schritt für Schritt zugunsten einer historisch genauen und alle Erfahrungsbereiche umfassenden Darstellung der Ereignisgeschichte zurückgedrängt wird und mögliche Konfliktpotentiale nicht vorweg ausgeblendet oder geglättet werden. Peter Glotz hat das im Vorwort zu seinem Buch *Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück* deutlich ausgesprochen: „Das Thema verlangt eine neue – offenere – Sprache. Wir müssen unsere Verletzungen zeigen, damit die andere Seite die ihren zeigt. Nur so ist Verständigung möglich.“⁷

Ein großes Defizit, das beide Ausstellungen zu Flucht und Vertreibung kennzeichnet, ist, daß die Herkunftsgeschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen, ihre besonderen Prägungen, ihr mitgebrachtes „kulturelles Kapital“ ausgeblendet bleiben. Auch der unwiederbringliche Kultur- und Gedächtnisverlust, der allerorten mit Vertreibungen verbunden war und ist, wird kaum thematisiert. Anders die Ausstellung „Heimat und Exil“, die eindrucksvoll den kulturellen Absturz belegt, den die deutsche Gesellschaft infolge der Stigmatisierung, Ausgrenzung und Vertreibung des jüdischen Bevölkerungsteils in den dreißiger Jahren erfahren hat.

Es käme also auch darauf an, nachvollziehbar zu machen, daß nicht allein die von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen schwere materielle und immaterielle Verluste erlitten haben, die sie persönlich zu verkraften hatten. Der Wegfall ganzer Kulturräume und kultureller Praktiken in den von den Deutschen zwangsweise verlassenen früheren östlichen und südöstlichen Siedlungsgebieten betrifft das kollektive und kulturelle Gedächtnis der deutschen Gesellschaft insgesamt. Die Wahrnehmung dieser Verluste und das Ausleuchten der kulturellen Traditionslinien und Bezüge ist ein wichtiges Thema für die Deutschen, inklusive jener Gruppen von Bundesbürgern, deren Lebenswelt nicht direkt davon betroffen war und die von solchen Brüchen verschont geblieben sind.

6 Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat im November 2006 für das in Berlin geplante „Sichtbare Zeichen“ zur Erinnerung an das Unrecht von Vertreibungen einen Betrag von 750.000 Euro bewilligt. Dem Bund der Vertriebenen werden 250.000 Euro Projektmittel zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind für die Ausstellung „Erzwungene Wege“ bestimmt, die als Wanderausstellung in mehreren Städten der Bundesrepublik gezeigt werden soll. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 11.11.2006. Kulturstaatsminister Neumann will die Planungen für das „Sichtbare Zeichen“, das in zentraler Lage in Berlin entstehen soll, offenbar vorantreiben. Inszwischen wurde ein Beratergremium eingesetzt, dem Karl Dedecius, der ehemalige Direktor des Deutschen Polen-Instituts, der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier sowie der polnische Historiker Wlodzimierz Borodziej angehören und das derzeit bereits über Konzeption und Gestaltung diskutiert. Als „Eckpfeiler“ der geplanten Einrichtung ist die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ vorgesehen. Sie soll um internationale Aspekte erweitert werden. Neumann lud die polnische Seite ein, sich an der Konzeption zu beteiligen. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 1.12. 2006.

7 Glotz, Peter: *Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück*. 3. Aufl. München 2003, S. 14.